

BNN 14.9.2011

Von „heißen Zellen“ und „neuen Reaktoren“

Start der Mediation für das Transurane-Institut

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Eggenstein-Leopoldshafen. Heiße Zellen? Plutonium? Emissionsgrenzwerte? Reaktoren der vierten Generation? Der Auftakt des Mediationsverfahrens für den geplanten Labor-Neubau des Instituts für Transurane (ITU) in Leopoldshafen war nach eher mühsamem Start ein Schlagabtausch zwischen Fachleuten und „gebildeten Laien“. Als die Sitzung nach sechs Stunden kurz nach 23 Uhr endete, hatten die Beteiligten ihre Positionen vorgestellt. Die inhaltliche Aufarbeitung zahlreicher Fragestellungen insbesondere zur Arbeit des ITU und dessen nuklearen Material ist den nächsten Sitzungen vorbehalten. Nachfolgend einige Punkte aus der ersten Mediationsrunde.

Der Vertreter des Umweltministeriums hat sich bezüglich des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für die aktuelle Neubauplanung des ITU tendenziell positiv geäußert. Ist die atomrechtliche Genehmigung also in Reichweite? Das wäre zu weit gesprungen. Das Ministerium hat deutlich gemacht, dass mit dem ITU in jedem Fall noch zu sprechen sein wird. Ein „Muss“ gibt es in dieser Sache nicht, selbst wenn es nur positive Erkenntnisse gäbe. Das Ministerium hat Spielraum. Wichtig ist der Hinweis, dass keinerlei Automatismus besteht, was die Genehmigungen anbelangt. Atomrechtliche und baurechtliche Genehmigung sind zwei voneinander unabhängige Problemkreise.

Stichwort Baurecht: Warum muss das Landratsamt entscheiden, wenn es um eine Bausache auf Gemarkung von Linkenheim-Hochstetten geht?

Die Gemeinde hat kein Baurechtsamt. Dies erledigt der Landkreis, der deshalb prüfen muss, ob die Vorgehensweise des Gemeinderates bezüglich des ITU-Bauantrages korrekt ist.

Forscht das ITU an Kernreaktoren der vierten Generation oder nicht? Was bedeutet überhaupt „vierte Generation“?

Da wird es schwierig. ITU-Chef Thomas Fanghänel sagt, dass das Institut keine neuen Reaktoren dieser Art entwickle. Er sagt aber auch, dass sich das ITU mit den Brennstoffen befasse, die in solchen Reaktoren zum Einsatz kommen könnten. Dies geschehe im Forschungsmaßstab, nicht in realen Verhältnissen. Bei Reaktoren der vierten Generation geht es – vereinfacht ausgedrückt – um Kernkraftwerke, die den Uranverbrauch drastisch reduzieren. Ziel dieser Reaktoren ist es, aus schwer spaltbarem leicht spaltbares Material zu gewinnen, was bezüglich der Endlagerung eine neue Situation darstellen würde. Für die Umweltschützer des BUND ist die Beschäftigung des ITU mit den neuartigen Brennstoffen ein Indiz für die Beschäftigung mit der neuen Reaktorgeneration.

Deutschland steigt aus der Kernkraft aus, und das ITU forscht weiter mit

Brennstoffen. Wie geht das zusammen?

Das ITU ist eine von der EU-Kommission getragene Einrichtung, deren Forschungsarbeit weltweit anerkannt und genutzt wird. Der deutsche Kernkraftausstieg heißt nicht, dass damit das Thema Kernkraft erledigt wäre. Erstens produzieren noch viele Länder Atomstrom, zweitens laufen die deutschen Atommeiler noch einige Jahre und drittens dauert es weitere 20,30 Jahre, bis nach Laufzeitende die Reaktoren verschwunden und die radioaktiven Abfälle in einem Endlager untergebracht sind.

Die ITU-Vertreter betonen, dass der geplante Neubau modernsten Sicherheitsanforderungen genüge. Sind die vorhandenen Gebäude unsicher? Die Labors auf dem KIT Campus Nord haben einige Jahrzehnte auf dem Buckel. Sie sind laut Ministerium sicher. Nur der Schutz gegen Flugzeugabstürze und Erdbeben entspreche nicht dem, was man heute verlangt. Eine Auf- oder Nachrüstung der vorhandenen Labors mache keinen Sinn.

Wie viel Plutonium, wie viel Uran ist aktuell im ITU vorhanden?

Darüber darf das Institut nicht informieren.

Wie ist das mit Emissionen? Was gibt das ITU an die Luft ab?

Das ist schwer zu sagen, weil es noch andere Örtlichkeiten mit nuklearem Material gibt. Die quantitative Zuordnung ist nicht zu leisten. Hinterfragt wurde der zulässige Maximalwert. Die Gegner des ITU-Projekts argwöhnen, dass dieser künftig nur für das ITU gilt.

Das ITU plant mittelfristig ein Gebäude, in dem mit „heißen Zellen“ gearbeitet werden. Um was geht es da?

„Heiße Zellen“ ist im übertragenen Sinn zu verstehen. Es geht um die Möglichkeit der Handhabung und vorübergehenden Lagerung hoch radioaktiver Substanzen.



DER PROTEST VOR DER HALLE in Leopoldshafen gegen die Neubauplanungen des Instituts für Transurane war noch überschaubar. Drinnen aber wurden bei der ersten Mediationsrunde zahlreiche kritische Fragen gestellt. Foto: Jannarelli

BNN 16.9.2011

„Forschungsarbeit ist Weltklasse“

Vizepräsident der EU-Kommission informiert sich im Institut für Transurane

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Eggenstein-Leopoldshafen. Hoher Besuch in nicht ganz einfacher Zeit: Maros Sefcovic, slowakischer Vizepräsident der EU-Kommission, bescheinigte gestern den Forschern am Institut für Transurane (ITU), ihre Arbeit sei „Weltklasse“. Das ITU ist derzeit in der Diskussion, weil sein geplanter Labor-Neubau für den Umgang mit nuklearem Material auf dem KIT Campus Nord von der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten abgelehnt wird. Am Montag hat dazu ein Mediationsverfahren begonnen.

Vizepräsident Sefcovic ist zwar nicht für die inhaltliche Arbeit des ITU zuständig, aber für Personal und Geld sowie für die Zusammenarbeit der europäischen Institutionen – das ITU ist eine Forschungseinrichtung der EU-Kommission. Der Slowake sprach vor den Institutsmitarbeitern und ließ sich von Direktor Thomas Fanghänel das Institut zeigen. Auf besonderes Interesse stießen dabei die Präsentationen der „Kriminalabteilung“ des ITU und der „Medizinabteilung“. Klaus Lützenkirchen erläuterte dem Gast aus Brüssel, der mit seinem aus Karlsruhe stammenden Mitarbeiter Christian Linder gekommen war, die technischen Möglichkeiten des ITU zeigen – etwa, wie man gestohlenen Nuklearmaterial auf seine Herkunft hin untersucht. Bekannt ist der Fall vom Münchener Flughafen, wo 1993 ein Passagier mit 363 Gramm Plutonium im Aktenkoffer aufflog. Im ITU landeten 2007 auch 14 Pellets aus angereichertem Uran, wie es zur Brennstoffherstellung benötigt wird. Stark engagiert ist das ITU zudem in der Forschung mit Alphastrahlen, die bei der Krebstherapie helfen können. Alfred Morgenstern schilderte das Verfahren, für das eine große klinische Studie anläuft. Der Vorteil liegt in der Genauigkeit, mit der Tumore angegangen werden können, und den dadurch reduzierten Nebenwirkungen.

Der Kommissions-Vizepräsident war gut informiert über das aktuelle Mediationsverfahren für das ITU. Es könne dazu dienen, die Bürger von dem Projekt zu überzeugen. Das Wissen, das durch die Arbeit des ITU gewonnen werde, sei rund um die Welt nutzbar, meinte Sefcovic, der einräumte, dass Nuklearwissenschaftler derzeit ein besonders schwerer Job sei. Was die Forschung in der Medizin anbelangt, sagte er, sie könne dazu beitragen, die Lebensqualität Betroffener zu verbessern.

Vor dem Termin auf dem KIT-Gelände war Sefcovic Gast des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle. Bei dem Gespräch sei es unter anderem um die Wechselwirkungen europäischen und nationalen Rechts gegangen.

Sefcovic kündigte an, dass die „europäische Bürgerinitiative zum 1. April umgesetzt ist. Sie ermöglicht, dass mindestens eine Million Staatsangehörige aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten die EU-Kommission zur Vorlage eines Vorschlags in einem in ihre Zuständigkeit fallenden Bereich auffordern kann.



WIE HELFEN ALPHA-STRAHLEN BEI DER KREBSTHERAPIE? Im Institut für Transurane wird EU-Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic (rechts) von Alfred Morgenstern informiert. Foto: Kuld

BNN 17.9.2011

Grüne: Geld für das ITU nur unter Auflagen

Pfintzal (kdm). Gegen „Stuttgart 21“ hat sich die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Grüne/Bündnis 90 ausgesprochen. Bei ihrer Versammlung in Pfintzal votierten nach Auskunft von Pressesprecherin Sonja Rothweiler die Mitglieder einstimmig für den „Ausstieg aus allen bestehenden Verträgen zu Stuttgart 21“.

Kritik übte der grüne Landtagsabgeordnete Alexander Salomon (Karlsruhe) zudem an der schleppenden Finanzierung der Rheintalbahn.

In einem weiteren Beschluss des Kreisverbandes wird die grün-rote Landesregierung aufgefordert, keine weiteren Forschungsgelder ins Institut für Transurane (ITU) auf dem KIT Campus Nord zu stecken. Es sei denn, die Gelder würden ausschließlich in die Forschung für die Endlagerung, den Rückbau und in die Sicherheit, aber auf keinen Fall in die Erforschung neuer Reaktorgenerationen investiert. Damit unterstütze der Kreisverband einen entsprechenden Antrag des grünen Stadtverbandes, der im Oktober bei der Landesdelegiertenkonferenz gestellt werde.